

EIN NEUER SOZIALSTAAT

Schutz und Chancen
in der Arbeitswelt



NEUER SOZIALSTAAT

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt in rasantem Tempo. Neue Berufe entstehen. Neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung werden möglich, neue Qualifikationen erforderlich. In diesem Wandel liegen große Chancen für Wohlstand und gute Arbeitsplätze. Vorausgesetzt, die Veränderungen werden sozial gerecht gestaltet. Denn gleichzeitig treibt viele Menschen die Sorge um, den Arbeitsplatz zu verlieren, den Anschluss zu verpassen oder nur noch schlecht bezahlte, unsichere Beschäftigung zu finden. Für uns ist klar: Wer die Chancen der Digitalisierung für die Beschäftigten nutzen will, muss ihnen neue Sicherheiten geben.

Deshalb machen wir die Zukunft der Arbeitswelt und unseres Sozialstaates zu einem politischen Schwerpunkt. Im Mittelpunkt steht dabei das Leitbild eines Sozialstaates als Partner der Bürgerinnen und Bürger, der für Schutz und Chancen im Wandel sorgt, Lebensleistung stärker anerkennt und Arbeit grundlegend neu absichert.

RECHT AUF ARBEIT

Wir stehen für ein Recht auf Arbeit. Das bedeutet, dass der Sozialstaat den Bürgerinnen und Bürgern durch konkrete Ansprüche Arbeit und Teilhabe ermöglicht. Ziel ist es, Arbeitslosigkeit zu verhindern bevor sie entsteht. Einen wichtigen Schritt haben wir mit dem Qualifizierungschancengesetz von Arbeitsminister Hubertus Heil bereits gemacht. Seit dem 1. Januar 2019 haben Beschäftigte ein Recht auf Weiterbildungsberatung und umfassenden Zugang zur Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit, wenn sie vom digitalen Wandel betroffen sind oder sich in einem Beruf weiterbilden wollen, in dem Fachkräftemangel herrscht. Unser Ziel ist eine solidarische Arbeitsversicherung mit einem Recht auf Weiterbildung.

Tritt Arbeitslosigkeit dennoch ein, müssen möglichst schnell Qualifizierungsangebote gemacht werden. Wir schlagen vor, ein Arbeitslosengeld-Q für gezielte Weiterbildung einzuführen, durch das sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld I entsprechend verlängert.

Für Menschen, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir sinnvolle, öffentlich finanzierte Tätigkeiten im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes anbieten. Auch hier haben wir mit der Einführung öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose zum 1. Januar 2019 bereits einen wichtigen Schritt erreicht. Das Prinzip: Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

WERT DER ARBEIT STÄRKEN

Arbeit hat ihren Wert – und der muss sich in ordentlichen Löhnen ausdrücken. Mit der Ausbreitung des Niedriglohnssektors finden wir uns nicht ab. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein großer Fortschritt, um die schlimmsten Auswüchse von Lohndumping zu verhindern. Aber er muss weiter steigen.



Wir setzen uns dafür ein, ihn perspektivisch auf 12 Euro anzuheben. Für Auszubildende haben wir im Koalitionsvertrag eine Mindestausbildungsvergütung durchgesetzt. Dieses Vorhaben gehen wir im Bundestag jetzt an.

Aber der Mindestlohn wird immer nur die unterste Haltelinie bleiben. Entscheidend ist, dass wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ordentlichen Tariflöhnen arbeiten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Tarifbindung und Mitbestimmung zu stärken.

Mit den großen Online-Plattformen, die Dienstleistungen aller Art über das Internet vermitteln, sind zudem neue Erwerbsformen entstanden, die sehr häufig nicht ausreichend abgesichert sind. Oft arbeiten Menschen weisungsgebunden für eine Plattform und sind eigentlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gelten formal aber als Solo-Selbständige – mit allen damit verbundenen Unsicherheiten und fehlenden Arbeitnehmerrechten. Wir wollen für die Beschäftigten in der Plattformwirtschaft Arbeitnehmerrechte, Mindesthonorare und sozialen Schutz organisieren. Einen ersten Schritt haben wir gemacht, in dem wir den Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbständige halbiert haben. Als nächstes werden wir Selbständige in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen.

ARBEIT, DIE ZUM LEBEN PASST

Damit sich Arbeit besser dem Leben anpassen kann, haben wir zum 1. Januar 2019 die Brückenteilzeit eingeführt. Beschäftigte haben damit unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, ihre Arbeitszeit für eine begrenzte Zeit zu reduzieren – verbunden mit der Sicherheit, anschließend in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. Damit erleichtern wir es Be-

schäftigten, in bestimmten Lebensphasen beruflich kürzer zu treten, etwa für Erziehung oder Pflege.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Damit Beschäftigte von den Vorteilen des digitalen Arbeitens profitieren können, schlagen wir ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice vor. Um sie vor Nachteilen zu schützen, wollen wir ein Recht auf Nichterreichbarkeit einführen. Und wir schlagen ein persönliches Zeitkonto vor, auf dem Zeitguthaben angespart werden können.

MEHR SOZIALE SICHERHEIT

Wir wollen, dass Menschen, die lange gearbeitet haben, besser vor sozialem Abstieg geschützt sind. Für uns ist das auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit: Wer viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Und wer ein Leben lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung. Deshalb setzen wir uns für eine Grundrente für alle ein, die lange gearbeitet, aber nur geringe Löhne bekommen haben. Das ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung dieser Menschen.

Die bestehende Grundsicherung (Hartz IV) wollen wir durch ein neues Bürgergeld ersetzen, verbunden mit einem Anspruch auf Absicherung und Teilhabe. Wir schlagen vor, dass der Übergang vom Arbeitslosengeld I in das Bürgergeld für zwei Jahre so erfolgt, dass die Betroffenen ihr Erspartes nicht offenlegen müssen. „Recht auf Arbeit“ bedeutet zudem, dass sie möglichst schnell ein passendes Angebot auf Weiterbildung erhalten. Außerdem wollen wir öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter ausbauen. Unwürdige Sanktionen wollen wir abschaffen.

KINDER ABSICHERN

Armut ist bedrückend. Für Kinder ganz besonders. Wir sind überzeugt: Kinder haben in der Sozialhilfe nichts verloren. In einem reichen Land wie Deutschland soll kein Kind in Armut aufwachsen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung ein.

Eine wichtige Grundlage dafür legen wir mit dem Starke-Familien-Gesetz. Damit unterstützen wir gezielt Familien mit wenig Geld. Mit dem neugestalteten Kinderzuschlag sorgen wir dafür, dass deutlich mehr Eltern zusätzlich unterstützt werden und nicht wegen ihrer Kinder in Hartz IV rutschen. Außerdem machen wir Schulbus und Schulesen kostenfrei und erhöhen den Zuschuss zum Schulbedarf. Nachhilfeunterricht kann künftig auch dann genutzt werden, wenn die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist.

Unsere Resolution zum „Neuen Sozialstaat“ finden Sie unter www.spdfraktion.de/sozialstaat.

SPDFRAKTION.DE

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
CARSTEN SCHNEIDER MDB, PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTS-
FÜHRER, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT | REDAKTION STEFAN HINTERMEIER
HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

FOTOS SEVENTYFOUR/SHUTTERSTOCK.COM (TITEL),
ESB PROFESSIONAL/SHUTTERSTOCK.COM (S. 2)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.